

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/142

Bad Godesberg, den 28. Juli 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland</u> Nach dem de-Gaulle-Besuch in Kanada	4
1a	<u>Das seltsame Ansinnen des Schah von Persien</u> Die Bestrafung von Demonstranten gefordert	4
2 - 3	<u>Ein guter Schritt nach vorn</u> Die Große Koalition packt das heiße Eisen Finanzreform an Von Herbert Bermeitinger	96
4	<u>Beachtliche Wirkung einer Fernsehsendung</u> WDR-Reportage verursachte "Brillenschwemme"	28
5 - 6	<u>Tourismus auch in Spanien rückläufig</u> Konjunkturediplokratie wirken sich im Tourismus aus Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid	64

* * *

Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland

Nach dem de-Gaulle-Besuch in Kanada

G.M. - Wer das weltweite Echo auf das Verhalten de Gaulles in Kanada analysiert, muß sich zwangsläufig die Frage stellen, ob sich der französische Staatspräsident darüber im klaren ist, welche Schleusen er mit seiner Rede vor den Franco-Kanadiern geöffnet hat. Mit Ausnahme der kommunistischen (!) Presse wird de Gaulles Verhalten auch in Frankreich verurteilt. Die Motive der Kommunisten sind klar; sie freuen sich darüber, daß der französische Staatspräsident erneut eine Sprengstoffladung an das westliche Bündnis gelegt hat. Wir würden uns nicht wundern, wenn die kommunistische Presse in der ganzen Welt das Thema der "Befreiung nationaler Minderheiten" demnächst in den Mittelpunkt tiefachürfender Erörterungen unter Zugrundeliegung von Lenin-Zitaten stellte.

Natürlich müssen zunächst die Franzosen mit dem von ihrem Staatspräsidenten durch seine Kanada-Reden aufgeworfenen Problem fertig werden. Mit Spannung erwartet man daher die für kommenden Montag angekündigte offizielle Verlautbarung, die im Anschluß an eine Kabinettsitzung in Paris herausgegeben werden soll. Interessanterweise deutet man jetzt schon im Pariser Auswärtigen Amt an, diese Erklärung werde wahrscheinlich keine Rechtfertigung der Reden des Generals enthalten, sondern vielmehr eine Begründung dafür, warum er seinen Kanada-Besuch vorzeitig abgebrochen hat.

Die Kritik in der Bundesrepublik an de Gaulle enthält mehrere Komponenten. Eine davon wirkt so, als sei man erfreut darüber, den unbequemen General endlich einmal die Wahrheit sagen zu können. Wir sind ein freies Land und selbstverständlich steht es jedem frei, sein Urteil so zu formulieren, wie er es für richtig hält. Aber ganz unabhängig davon sollte bei aller berechtigten Kritik daran gedacht werden, daß Deutsche und Franzosen als die engsten europäischen Nachbarn auch dann in einem ersprießlichen Einvernehmen zusammenarbeiten müssen, wenn so schwierige Situationen entstehen, wie sie sich jetzt nach dem fast übereinstimmenden Urteil über die Reden de Gaulles in Kanada ergeben haben.

De Gaulle ist nicht irgendein französischer Politiker, er ist der Staatspräsident Frankreichs. Aus langjähriger Erfahrung wissen wir, daß alles, was er sagt und tut, bestimmten Zielvorstellungen seiner Politik entspricht. Um so wichtiger ist die Aufgabe der deutschen Politik, dem französischen Volk verständlich zu machen, daß der deutsche Nachbar die Aussöhnung und die darauf begründete Zusammenarbeit mit Frankreich nicht als eine vorübergehende und an die Tagespolitik gebundene, sondern als eine in die Zukunft weisende Notwendigkeit betrachtet.

Das seltsame Ansinnen des Schah von Persien

Die Bestrafung von Demonstranten gefordert

sp - Nach dem Bekanntwerden der Note der iranischen Regierung an die Regierung der Bundesrepublik, in welcher die Forderung nach Bestrafung der Anti-Schah-Demonstranten anlässlich seines Staatsbesuches in Deutschland erhoben wird, zeigt die deutsche Presse ein einheitlich ablehnendes Bild. Mit Verwunderung oder Empörung wird darüber hinaus von verschiedenen Sprechern zum Ausdruck gebracht, daß sich die iranische Regierung mit dieser Note in innen-deutsche Angelegenheiten einmischt.

Es kann nicht Unkenntnis der Regierung des Iran sein, solche Forderungen zu erheben; schließlich hat jedes Außenministerium seine Berater. Bei den vielfältigen Beziehungen, die z.B. auch auf wirtschaftlichem Gebiete gegeben sind, zeigen sich amtliche iranische Stellen durchaus gut informiert über die deutsche Gesetzgebung. Wenn die iranische Regierung nun eine solche abstruse Forderung in einer Note erhebt, so möge sie zur Kenntnis nehmen, daß in der Bundesrepublik Deutschland zum Recht der freien Meinungsäußerung auch das Demonstrationsrecht gehört. Die Verfassung kann nicht deshalb außer Kraft gesetzt werden, weil dieses Recht sich gegen den Schah gewandt hat - denn wir leben nicht in Iran.

In dieser Sache gilt es nun, nachdem die Note abgeschickt worden ist, eine Gegenfrage zu stellen, die wohl aus Gründen diplomatischer Noblesse bisher nicht erörtert worden ist: Wenn die Regierung des Iran die Forderung nach Bestrafung von Demonstranten erhebt, denn steht auch die Bestrafung jener Knüppelgarde zur Diskussion, die offensichtlich auf Wunsch oder Befehl besonderer iranischer Dienststellen, auf Deutsche eingepöbeln hat. Es ist wohl ein einmaliger Vorgang, daß Perser - hierzulande wurden sie ironisch als "Jubelperser" bezeichnet - mit Knüppeln und Totschlägern "Stimmung" für Seine Majestät zu machen suchten. - Die Folgen sind bekannt.

Wenn also bestraft werden soll, dann sind wohl in erster Linie jene Elemente zu nennen, die das Gastrecht so schmachlich mißachtet haben und in Deutschland so operierten, als befänden sie sich auf heimatlichem Boden. Kein Land der Erde läßt sich solches gefallen.

Wenn der Schah und seine Regierung sich nun bemüßigt fühlen, eine Forderung nach Bestrafung von Demonstranten zu stellen, so bitten wir, im eigenen Hause damit anzufangen. Die Kameraden beteiligten "Zufalls"-Besucher, die aus verschiedenen Ländern als ungebetene Gäste bei uns anreisten, dürften in Teheran nicht unbekannt sein. Im Interesse weiterhin guter Beziehungen des Iran zur Bundesrepublik wäre die Regierung in Teheran gut beraten gewesen, wenn sie die Feinlichkeit eines solchen Schrittes unterlassen hätte.

Ein guter Schritt nach vorn

Die Große Koalition packt das heiße Eisen Finanzreform an

Von Herbert Bermeitinger

Die Regierung der Großen Koalition ist dabei, auf einem entscheidenden Gebiet unserer bundesstaatlichen Ordnung vom Wort zur Tat zu gelangen: Sie packt das schwierige Problem der Finanzreform an, das von allen früheren Regierungen zwar gesehen, aber nie seiner Lösung nähergebracht worden war.

In den Regierungserklärungen seit 1953 war mehr oder minder deutlich die Finanzreform angesprochen worden. Nachdem aber auch in der Zeit der Alleinregierung der CDU/CSU von 1957 bis 1961 kein entscheidender Schritt in die Wege geleitet worden war, brachte die Fraktion der SPD am 7. Dezember 1961 im Bundestag einen Antrag ein, der das Einsetzen einer Expertenkommission zur Vorbereitung der Großen Finanzreform forderte. Im Januar 1962 versuchte der damalige FDP-Finanzminister Dr. S t a r k e den sozialdemokratischen Antrag mit dem Hinweis als überholt abzulehnen, das Kabinett habe bereits beschlossen, noch im Januar 1962 die Experten zu berufen, damit die Finanzreform 1963 wirksam werden könne. Ludwig E r h a r d mußte dann in seiner Regierungserklärung vom 8. Oktober 1963 eingestehen, "daß die Vorarbeiten für eine Finanzreform ... eine allzulange Verzögerung erfahren haben". Am 20. März 1964 wurde die Experten-Kommission endlich gebildet, deren fünf Mitglieder am 10. Februar 1966 ihre Ausarbeitung - das sogenannte Troeger-Gutachten - der Bundesregierung und der Öffentlichkeit vorlegten.

Zu diesem wichtigen Gutachten hat die Bundesregierung Erhard/Wende offiziell niemals Stellung genommen. Nicht zuletzt deshalb hat die SPD bei den Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU und FDP nachdrücklich verlangt, daß eine neue Bundesregierung beschleunigt an die Finanzreform herangehen müsse. Im sozialdemokratischen Acht-Punkte-Programm vom Herbst 1966 hieß es dazu:

- * Bund, Länder und Gemeinden sind die gleichermaßen notwendigen tragenden Säulen unseres Staates. Die finanzielle Neuordnung muß allen drei gleichberechtigt die Voraussetzung für die Lösung ihrer jeweiligen Aufgaben verschaffen.
- * Die Bundesregierung muß alsbald zu den vorliegenden Gutachten über die F i n a n z r e f o r m umfassend Stellung nehmen und so ihre eigene Konzeption deutlich machen. Die Finanzreform muß als Gesetzgebungsvorhaben besondere Dringlichkeit erhalten.

In der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 ist die Reform der Finanzverfassung als eine "der großen innenpolitischen Aufgaben" angesprochen worden, die die neue Regierung durchsetzen will.

Es ist bei dieser Ankündigung nicht geblieben. Unmittelbar nach der Absichtserklärung von Mitte Dezember machten sich die Ministerien an die Arbeit, vor allem Bundesratsminister Professor Carlo S c h m i d und sein neuer Staatssekretär Dr. S c h ä f e r. Als langjähriger Parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion, der die stän-

dige Verbindung mit den SPD-Landtagsfraktionen und den sozialdemokratischen Länderchefs oblag, brachte Staatssekretär Schäfer auch die denkbar besten Voraussetzungen mit, um endlich "Nägel mit Köpfen" zu machen.

Carlo Schmid und Fritz Schäfer haben bewiesen, daß es ein fühlbarer Unterschied ist, ob eine große Partei an die Adresse einer Regierung nur appellieren oder ob sie selbst mitentscheiden kann: Am 19. Juli 1967 konnte das Kabinett den Entwurf eines Programms zur Finanzreform verabschieden, am 26. Juli 1967 wurde dieses umfangreiche Programm den Ministerpräsidenten der Länder und ihren Vertretern bei der Konstituierung der Bund-Länder-Kommission vorgelegt. Noch vor dem Abschluß der offiziellen parlamentarischen Sommerpause, voraussichtlich am 14. September, ist mit der Stellungnahme der Länderchefs zu rechnen, aber in der Zwischenzeit wird eine Unterkommission bereits mit den Einzelberatungen beginnen. Auch das Bundesfinanzministerium arbeitet in diesen Wochen auf Hochtouren: bis Mitte September werden seine Vorschläge zur Reform der G e m e i n d e f i n a n z e n erwartet.

Natürlich werden die schweren Probleme nicht im Schnellverfahren zu erledigen sein, denn schließlich geht es darum, auf sehr lange Sicht die Voraussetzungen für ein gut funktionierendes System einer engen Zusammenarbeit von Bund und Ländern zu schaffen. Es gilt, den Begriff des "kooperativen Föderalismus" mit Inhalt zu füllen. Das Reformwerk kann vermutlich aus manchen Gründen nicht in einem Zug vollendet werden, sondern in Etappen. Carlo Schmid meinte vor der Bundespresskonferenz, es werde mit der sogenannten "Flurbereinigung" zwischen Bund und Ländern begonnen werden, dann mit dem, was man die "Gemeinschaftsaufgaben" nenne. Die Flurbereinigung zwischen dem Bund und den Ländern wird dazu führen, daß die Aufgaben klar abgegrenzt werden und daß die "Tüpfchenwirtschaft" beseitigt wird.

Bei dem zweiten Schwerpunkt wird es darum gehen, das Zusammenwirken von Bund und Ländern bei der Erfüllung der großen nationalen Gemeinschaftsaufgaben verfassungsrechtlich einwandfrei zu regeln.

Die Sozialdemokraten, die die Erfüllung der vernachlässigten Gemeinschaftsaufgaben seit 1960 mit Nachdruck verlangen und diese nationalen Anliegen in den Mittelpunkt von zwei Bundestagswahlkämpfen stellten, erfüllt es natürlich mit besonderer Genugtuung, daß es jetzt möglich wird, an die Verwirklichung ihrer Vorstellungen zu gehen. Schließlich erklärte der damalige Geschäftsführende CDU-Vorsitzende D u i - h u e s noch auf dem Düsseldorfer Parteitag im März 1965 (auf dem dann Ludwig Erhard sein bereits wieder in die Vergessenheit gerateneres "Deutsches Gemeinschaftswerk" verkündete), die Union dürfe nicht nur kein "Verein für Gemeinschaftsaufgaben" werden (was niemand verlangt hatte), es müsse vielmehr dem deutschen Volk auch klar gemacht werden, "daß diese nächsten Jahre nicht damit verbracht werden können, daß wir auf der Basis des bisher von uns Erreichten sogenannte 'Gemeinschaftsaufgaben' lösen..." - Von sogenannten Gemeinschaftsaufgaben spricht heute niemand mehr. In einer Verlautbarung des "Bulletin", für die das Bundesfinanzministerium verantwortlich zeichnete, hieß es am 22. Juli, daß es um "eine Kernfrage eines in die Zukunft weisenden kooperativen Föderalismus" gehe. Daß diese Erkenntnis heute Allgemeingut geworden ist, läßt hoffen, auch für die noch anstehenden langwierigen Detailverhandlungen mit den Ländern. Die Voraussetzungen dafür, endlich vom Wort zur Tat zu gelangen, sind aber auf jeden Fall bereits geschaffen.

Beachtliche Wirkung einer Fernsehendung

WDR-Reportage verursachte "Brillenschwemme"

sp - Selten wohl hat eine Fernsehendung eine so überraschende, schnelle und wirkungsvolle Publikumsaktion ausgelöst wie die in der Regionalsendung HIER UND HEUTE vom 15. Juli dieses Jahres ausgestrahlte Reportage über eine Plakataktion des Düsseldorfer Lions-Club zugunsten einer "Brillenbank" für Entwicklungsländer.

Die Hilfsgemeinschaft der Lions-Freunde hatte darum gebeten, abgelegte Brillen an bestimmten Sammelstellen abzugeben, um die "Sekwerkzeuge" nach Asien und Südamerika und in Arabische Länder zu schicken. Bekanntlich herrscht in allen diesen Ländern ein großer Mangel an Brillen, nicht nur wegen der Kosten, sondern auch, weil es an Untersuchungseinrichtungen und optischen Laboratorien fehlt.

Wie der WDR berichtet, liefen noch während der Sendung HIER UND HEUTE, die auf die Brillennot in den Entwicklungsländern aufmerksam machte, im Kölner Funkhaus die Telefone heiß. Zahlreiche Zuschauer erinnerten sich abgelegter Brillen, die, für sie selbst inzwischen wertlos weil unbrauchbar, hier wieder zu Kostbarkeiten wurden. Auf ihren Wunsch gab das Westdeutsche Fernsehen noch einmal die Adresse der Sammelstelle bekannt.

- * Eine spontane friedliche Invasion von Postsäcken folgte,
- * die den Lions-Club in Düsseldorf ca. 25 000 Brillen von
- * Fernsehzuschauern aus Nordrhein-Westfalen, aber auch aus
- * den Randgebieten Belgiens und der Niederlande brachten.
- * Und nachdem HIER UND HEUTE von diesem unerwarteten Echo
- * berichtet hatte, gingen noch einmal 10 000 Brillen ein.

Damit haben die Fernsehzuschauer das Ergebnis der Plakataktion inzwischen mehr als verdoppelt - und den Lions-Club in Düsseldorf veranlaßt, seine Sammlung bis zum 30. September 1967 zu verlängern.

Tourismus auch in Spanien rückläufig

Konjunkturreinbrüche wirken sich im Tourismus aus

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Das "Jahr des Internationalen Tourismus" steht nicht nur infolge der Nahost-Spannungen unter einem wenig günstigen Stern. Konjunkturrückschläge und wirtschaftliche Strukturkrisen in einer Reihe von Ländern in Europa, die den Löwenanteil der Mittelmeer-Touristen stellen, haben zu Rückläufigkeiten geführt. Österreich fürchtet einen Rückschlag der Fremdent Übernachtungen um 40 Prozent; Spanien erwartet in diesem Jahr keine wesentliche Zunahme der Touristenzahlen, die Ende 1966 erstmals die große Summe von 17 Millionen Besuchern in einem Jahr ergaben.

Die deutsche "Talschle" ist auch in Spanien zu spüren. Bisher wurden jedes Jahr in der Vorsaison von Mitte Mai bis Anfang Juli hunderte deutscher Kraftfahrzeuge gezählt. Auffallend war, daß dieses Jahr die Wagen aus dem Ruhrgebiet fast ganz ausblieben. Auch der Luxustourismus wurde, soweit bisher zu übersehen ist, vom Nahost-Krieg, den wirtschaftlichen Sorgen des Kontinents und der für 1967 erneuerten britischen Devisenbeschränkungen nachteilig beeinflusst. Jeder Brite darf nur 60 Pfund Sterling, also 660 DM, ins Ausland nehmen.

Die spanische Agentur "Europapress", die in den Besuchern aus Deutschland und Frankreich die "eiserne Touristenreserve" Spaniens sieht, klagte: "In großen und ganzen wird die Anzahl der Touristen der des Vorjahres entsprechen, wenn auch ihre Kaufkraft geringer einzuschätzen ist. Das macht vor allem den Luxushotels zu schaffen." Von der Insel Mallorca, dem "Teutonengrill", drang die Kunde nach Madrid: die Luxushotels von Palma verzeichnen Unterbesetzung. Die erwartete Touristeninvasion an der Costa Brava bei Barcelona ist ausgeblieben, nur die Costa del Sol und Alicante melden gut belegte Hotels mit einem "nicht so zahlungskräftigen Publikum" wie in früheren Jahren. Der Tourist sieht wieder auf den Groschen und wirft nicht mehr mit Trinkgeldern um sich. Das mag den Beschäftigten des spanischen Dienstleistungsgewerbes nicht gefallen. Der einheimische Spanier, der die Peseete zweimal umdrehen muß, ehe er sie ausgibt, ist hingegen froh, daß der inflationäre Preistrend etwas abgestoppt wird und die "von

Touristen importierte Preisspirale" zum Stehen kommt. Überhöhte Preise pendeln sich wieder ein. Weniger Deviseneinnahmen, aber Normalisierung - das ist die Devise für Spaniens Touristen-Eldorado 1967.

Nach Frankreich, das den langmöhnigen "Gammlern" aus aller Herren Länder seit einem Jahr strikt die Einreise verbietet, beginnt jetzt auch Spanien damit, seine Grenze für diese "Touristen" dicht zu machen. Wer als "autoestopista" - so nennt man hierzulande die "Reisenden mit erhobenen Daumen" - nach Spanien gelangt, muß sich die Frage nach seinen Barmitteln gefallen lassen.

Jugendliche Touristen, die einen ordentlichen Eindruck machen und nur kommen, um Land und Leute auch mit einer bescheidenen Brieftasche kennenzulernen, werden nicht abgewiesen. Den Gammlern beiderlei Geschlechts, die ungewaschen, ungekämmt und bettelnd oder auch von Gelegenheitsdiebstählen lebend, das Land durchstreifen, geht es jetzt allerdings schlecht. Die spanischen Behörden wollen mehr als bisher die Touristen vor Belästigungen durch aufdringliche "Gammler" schützen. Die Insel Ibiza wird weiterhin ein "Beatnik"-Paradis bleiben, solange sich die dortigen "Beatniks" wie bisher gesittet auführen.

In der Provinz Málaga, schon im vergangenen Jahr von einer "Gammler-Plage" heimgesucht, wird durchgegriffen. Es gab mehrere Razzien auf Gammler. Für Gammler, die vor Hotels lagern und dort auch ihre Speiseabfälle liegen lassen, hat die "Eskalation der Abschreckung" schon begonnen. Während der Vorjahres-Saison wurden nur Auswüchse beseitigt und in extremen Fällen Ausweisung verfügt. Jetzt sind die "Gammler-Razzien" an der Tagesordnung.

Der vielfach beargwöhnte politische Hintergrund fehlt. Es geht darum, den Touristen einen angenehmen und belästigungsfreien Aufenthalt zu bieten. Spaniens Polizei hatte in den ersten Jahren des Kasentourismus alle Hände voll zu tun, um bettelnde oder stehlende Zigeuner zu zügeln; jetzt sind die Bettler und Gelegenheitsdiebe an Spaniens Sonnenstränden keine Spanier, sondern Gammler aus aller Herren Länder.